
Deutschland

Botschaft der Republik Iran
S.E. Herrn Majid Nili
Ahmadabadi
Podbielskiallee 65-67
14195 Berlin

Hamburg, 08. März 2026

Todesstrafe Protestierende

Sehr geehrter Herr Ejei,

mit Entsetzen habe ich erfahren, dass 30 Personen wegen angeblicher Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten im Januar 2026 die Hinrichtung droht. Darunter sind acht Personen, die innerhalb weniger Wochen nach ihrer Festnahme zum Tode verurteilt wurden: Saleh Mohammadi (18 Jahre), Mohammad Amin Biglari (19), Ali Fahim, Abolfazl Salehi Siavashani, Amirhossein Hatami, Shahin Vahedparast Kolor, Shahab Zohdi und Yaser Rajaifar. Zu den weiteren Personen, die in einem beschleunigten, grob unfairen Verfahren wegen Kapitalverbrechen vor Gericht stehen, gehören Mohammad Abbasi (55), Mohammadreza Tabary und drei Freunde: der 18-jährige Ehsan Hosseinipour Hesslerou und zwei 17-Jährige, Matin Mohammadi und Erfan Amiri, die als Minderjährige nach internationalem Recht nicht zum Tode verurteilt werden dürfen. Am 12. Februar 2026 teilte ein Richter des Revolutionsgerichts in Teheran 14 weiteren Personen, darunter dem 35-jährigen Demonstranten Abolfazl Karimi, mit, dass "sie zum Tode verurteilt werden" würden. Amnesty hat außerdem erfahren, dass der 18-jährige Danial Niazi einer Straftat angeklagt wurde, die im Iran mit der Todesstrafe geahndet werden kann. Zwei weitere Personen, der 18-jährige Shervin Bagherian Jebeli und der 24-jährige Amirhossein Azarpira, wurden bei der Vernehmung darüber informiert, dass ihnen die Todesstrafe droht.

Ich bitte Sie eindringlich, die Schuldsprüche und Todesurteile unverzüglich aufzuheben, von der Verhängung von Todesurteilen abzusehen und dafür zu sorgen, dass alle, die einer international als Straftat anerkannten Handlung angeklagt werden, ein faires Gerichtsverfahren nach internationalen Standards erhalten.

Darüber hinaus fordere ich Sie auf, alle Gefangenen freizulassen, die allein wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte wie den Rechten auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung inhaftiert sind, alle Inhaftierten vor Folter und anderen Misshandlungen zu schützen und Foltervorwürfen nachzugehen sowie Schicksal und Verbleib verschwundener Personen offenzulegen. Gewährleisten Sie Familien und Rechtsbeiständen Wahl Zugang zu den Gefangenen und sorgen Sie dafür, dass Angeklagte sich angemessen verteidigen können und medizinisch versorgt werden. Gewährleisten Sie außerdem internationalen Beobachter*innen Zugang zu Hafteinrichtungen und Gerichtsverfahren.

Hochachtungsvoll